

Antrag Nr. 24-F-10-0008

AfD

Betreff:

Umsetzung des Cannabisgesetzes
- Antrag der AfD-Fraktion vom 23.04.2024 -

Antragstext:

Die Einführung des Cannabisgesetzes stellt die Polizei- und Ordnungsbehörden vor große Herausforderungen. Nun hat auch die Bahn angekündigt, ihre Hausordnung zu ändern und ein Cannabis-Verbot im Bereich der Bahnhöfe umzusetzen. Die Gewerkschaft der Polizei beklagt unter anderem fehlende Rechtssicherheit und Ausstattung zur Durchführung von Kontrollen. Zur Umsetzung des Gesetzes müsste nun verstärkt an Bahnhöfen, rund um Schulen und in Fußgängerzonen kontrolliert werden.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie hoch schätzt der Magistrat generell den Bedarf an zusätzlichem Personal zur Umsetzung des am 1. April 2024 eingeführten Cannabisgesetzes und wie viele Stellen sind bereits ausgeschrieben?
2. Verfügen die Polizei- und Ordnungsbehörden über die erforderliche Ausstattung zur Durchführung von Kontrollen (zum Beispiel Feinwagen und Analyseinstrumente)?
3. Welche speziellen Maßnahmen plant der Magistrat zur Umsetzung des neuen Gesetzes im Bereich von Schulen und ist die Beteiligung von Lehrkräften an Kontrollen vorgesehen?

Wiesbaden, 23.04.2024

Dr. Klaus-Dieter Lork
Fachpolitischer Sprecher
AfD Stadtverordnetenfraktion

Carsten Propp
Politischer Referent
AfD Stadtverordnetenfraktion